

E 1 Der Preis muss die ökologische Wahrheit sagen: Erdöl-Förderzins anheben!

Antragsteller*in: Dr. Philipp Schmagold, KV Kiel, Detlef Matthiessen, KV Rendsburg-Eckernförde, Dr.-Ing. Ulrike Täck, KV Segeberg, Dr. Gilbert Sieckmann-Joucken, KV Segeberg, Claudia Reinke, KV Herzogtum Lauenburg, Martin Drees, KV Plön

Tagesordnungspunkt: 3 Anträge

805 Wir, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein, stellen fest:

- 806 • Mobil geht nicht fossil. Wir GRÜNE in Schleswig-Holstein, allen voran
807 Robert Habeck und Ingrid Nestle, haben u.a. mit der Anhebung des
808 Erdölförderzins dazu beigetragen, dass Fracking-Vorhaben im Land
809 zwischen den steigenden Meeren wirtschaftlich und politisch keine Chance
810 haben. Alle Fracking-Anträge wurden inzwischen zurückgezogen. Das war ein
811 langer Weg, den wir GRÜNE zusammen mit der kommunalen Selbstverwaltung,
812 mit Betroffenen vor Ort, mit Bürgerinitiativen und Verbänden gegangen
813 sind.
- 814 • Leider werden bislang nur 21% (brutto) für Schleswig-Holsteins bedeutende
815 Förderplattform Mittelplate als Untergrenze festgelegt. Das ist uns Grünen
816 zu wenig. Auch bei niedrigen Ölpreisen sind 30% wirtschaftlich verträglich
817 einerseits und andererseits das Minimum einer ökologischen
818 Lenkungswirkung. Die Nichtausschöpfung des rechtlich Zulässigen kommt
819 einer umweltschädlichen Subventionierung nahe.
- 820 • Auch bei dem derzeit eher niedrigen Ölpreis ist immer noch ein
821 ausreichender Gewinn für die Betreiber zu erzielen, bleiben die
822 Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Basis ungefährdet. Bei höheren
823 Ölpreisen sollte die Abgabe sowohl an Land als auch auf See auf bis zu 40%
824 ansteigen.

825 Wir bitten daher die Landesregierung, den Förderzins bestehender Förderungen wie
826 insbesondere der Förderplattform Mittelplate schnellstmöglich auf mindestens 30%
827 anzuheben und bei höheren Ölpreisen auf bis zu 40% zu steigern.

Begründung

Klimaschutz, Energiewende und Gesundheit sind zentrale Aufgaben für Politik und Gesellschaft. Die Belastung der Umwelt und Gesundheit findet bei der Gewinnung und Verwendung von Energie häufig nicht Eingang in die Kosten, die Schäden werden der Allgemeinheit aufgelastet. GRÜNE Politik hat zum Ziel einerseits umweltschädliche Subventionen abzubauen und andererseits für eine Internalisierung externer Kosten zu sorgen. Der Preis muss die ökologische Wahrheit sagen! Das dient dem Abbau von Wettbewerbsverzerrungen zu Ungunsten der Erneuerbaren Energien und dient damit auch der Zukunftsfähigkeit des Technologiestandortes Deutschland.

Bodenschätze sind in Deutschland ein knappes Gut und sollten nicht erschöpfend ausgebeutet werden. Sie gehören auch kommenden Generationen und gerade fossile Ressourcen dürfen vor dem Hintergrund des Klimawandels nicht zu besonders günstigen Konditionen abgegeben werden. Daher

sollten wir vor einer Anhebung des Erdölförderzinses nicht zurückschrecken, sondern sie aktiv ermöglichen.

„Mobil geht anders“ und in Zukunft vor allem nicht mit fossiler Energie. Die Küstenkoalition der Vorgängerregierung hat den Erdölförderzins neu gestaltet. Für künftige Förderungen beträgt er 40 Prozent des Marktwertes. Dies gilt allerdings bislang nicht für bestehende Förderungen wie Mittelplate, die nur mindestens 21% (brutto) abgeben müssen, dies jedoch abzüglich der Feldesbehandlungskosten. Dadurch wird netto weniger als 21% gezahlt. Das kommt einer umweltschädlichen Subventionierung nahe und ist nicht hinnehmbar.

Antragsteller*innen:

Philipp / Dr. Philipp Schmagold, KV Kiel

Detlef / Detlef Matthiessen, KV Rendsburg-Eckernförde

Ulrike / Prof. Dr.-Ing. Ulrike Täck, KV Segeberg

Gilbert / Dr. Gilbert Sieckmann-Joucken, KV Segeberg

Claudia / Claudia Reinke, KV Herzogtum Lauenburg

Martin / Martin Drees, KV Plön